

WIRTSCHAFTSKRIEG Es herrscht Krieg in der Wirtschaft und wer nicht vorbereitet ist, verliert, lehrt eine Schule in Paris. Seite 37

WIRTSCHAFT

AUTO Der deutsche Autohersteller BMW spart 900 Franken pro Auto mit dem Stempel «Made in South Africa». Seite 37

Mehr neue Stellen als erwartet

USA Die Unternehmen in den USA haben im April deutlich mehr neue Stellen geschaffen als erwartet. Die Zahl der Arbeitsplätze ausserhalb der Landwirtschaft erhöhte sich um 274 000, wie das US-Arbeitsministerium am Freitag mitteilte. Experten hatten mit einem Plus von lediglich 170 000 gerechnet. Die auch an den Märkten positiv aufgenommene Tendenz verstärkte sich dadurch, dass auch im Februar und März insgesamt 93 000 mehr Stellen geschaffen wurden, als ursprünglich angegeben. Im Februar betrug das Beschäftigungsplus revidiert 300 000, im März 146 000.

Die auf einer getrennten Erhebung beruhende Arbeitslosenquote lag im April allerdings wie bereits im Vormonat bei 5,2 Prozent. Der Euro gab unmittelbar nach Veröffentlichung der Daten mehr als einen halben Cent nach auf unter 1.29 Dollar. (sda)

Fleissige Osteuropäer

EU In den zehn neuen EU-Mitgliedsländern arbeiten die Beschäftigten im Durchschnitt 112 Stunden oder fast drei Wochen mehr im Jahr als ihre Kollegen in den 15 alten EU-Ländern. So hatten etwa Beschäftigte in Schweden im vergangenen Jahr im Schnitt 44 Tage Ferien – mehr als das Doppelte dessen, was ihren Kollegen in Estland, Litauen, Polen und Slowenien zugestanden wird. Das zeigt eine Studie der EU-Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die längste Arbeitszeit gibt es in Lettland, Grossbritannien und Polen, die kürzeste in Italien, Frankreich und den Niederlanden. In den vergangenen beiden Jahren stabilisierte sich die wöchentliche Arbeitszeit in der EU bei durchschnittlich 38,6 Stunden. Die alten EU-Staaten und Norwegen lagen 0,7 Stunden darunter, die neuen dagegen 0,9 Stunden darüber. (sda)

Benetton für Barbie

MODE Die italienische Modegruppe Benetton und der amerikanische Spiele-Konzern Mattel haben ein Abkommen für eine weltweite Partnerschaft abgeschlossen. Die beiden Firmen wollen eine Kleiderkollektion für kleine Mädchen auf den Markt bringen. Die Kollektion mit dem Namen «Barbie loves Benetton», zu der über 50 Artikel an Bekleidungsmodellen und Accessoires gehören, wird ab 15. September in den Benetton-Geschäften erhältlich sein.

Zur Kollektion gehören auch vier spezielle Barbie-Puppen, die sich an der von Benetton entworfenen Modelinie orientieren, wie das Unternehmen am Freitag bekanntgab. Für Benetton sei Co-Branding mit Partnern von internationalem Ruf eine kommerzielle Chance. (sda)

Legal korrigieren

GE Der weltgrösste Mischkonzern General Electric (GE) hat in den vergangenen vier Jahren besser verdient als gedacht. Die Bilanzen seit dem Jahr 2001 müssen berichtigt werden. Total würden in diesem Zeitraum dadurch 381 Mio Dollar mehr Gewinn verbucht, teilte GE am Freitag mit. Dies mache allerdings weniger als ein Prozent der Gewinne in dieser Zeit aus. (sda)

«Flat Tax» belastet den Mittelstand

Die Idee eines einheitlichen Steuersatzes stösst bei den Kantonen und den Gewerkschaften auf Skepsis

Nach dem Volks-Nein zum Steuerpaket vor einem Jahr lässt Bundesrat Hans-Rudolf Merz mehrere neue Steuermodelle prüfen. Wie in der «Volkswirtschaft» zu lesen ist, dürfte sich die «Flat Tax» für die Schweiz kaum eignen.

HANS GALLI

Das schweizerische Steuersystem ist kompliziert. So kompliziert, dass 2500 Steuerberater damit jährlich 700 Millionen Franken verdienen. Das müsste nicht sein, sagt der Solothurner Steuerberater Michael Leysinger. Gemäss seinem Vorschlag hätte die Steuererklärung auf einer Postkarte Platz: Lohn Einkommen minus Pauschalabzug pro Kopf. Bei Unternehmen stünde auf der Postkarte: Umsatz minus Unkosten. Was unter dem Strich bei Privaten und Firmen übrig bleibt, wird mit 15 Prozent besteuert. Der Einfachheit halber würde der Arbeitgeber die Steuern für seine Angestellten gleich an der Quelle abziehen und dem Staat abliefern.

Leysinger ist der vehementeste Befürworter der «Flat Tax» in der Schweiz. Markus Schneider hat Leysingers Ideen im «Weissbuch 2004» aufgenommen. Schneider schlägt einen einheitlichen Steuersatz von 19 Prozent vor. Sein Konzept verbindet er mit der Idee der negativen Einkommenssteuer: Wenn der Pro-Kopf-Abzug grösser ist als das Lohn Einkommen, wird die Differenz dem Steuerpflichtigen vom Staat überwiesen.

Finanzminister Hans Rudolf Merz lässt die «Flat Tax» als eine von mehreren Varianten für den Umbau des schweizerischen Steuersystems prüfen. In ihrer reinsten Form dürfte sie in der Schweiz kaum Chancen haben, wie Buchautor Schneider in einem Streitgespräch in der neusten Ausgabe der «Volkswirtschaft» einräumt. Die reinsten Form wäre ein Einheitssatz von 19 Prozent für Einkommens-, Mehrwert- und Unternehmenssteuern. Dieses Modell hat die Slowakische Republik eingeführt, ähnliche Systeme kennen Russland, die Ukraine, Serbien und Singapur.



Die Steuerberater verdienen dank den heutigen Steuergesetzen viel Geld, bessere sind aber noch nicht in Sicht. MARTIN RUETSCHI/KEYSTONE

Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) erachtet die von Leysinger und Schneider vorgeschlagenen Einheitssätze von 15 und 19 Prozent als zu tief. Gemäss seinen Schätzungen wäre ein Satz von 24 Prozent nötig, wenn das heutige Steueraufkommen von Bund, Kantonen und Gemeinden erhalten werden soll. Für Deutschland läge der Einheitssatz bei 30 Prozent, wie Prof. Clemens Fuest von der Universität Köln schätzt.

Grossverdiener zahlen weniger

Unbestritten ist laut Fuest, dass die Einheitssteuer die Steuerbelastung der verschiedenen Einkommensklassen gegenüber dem heutigen Zustand verändert. Es sei wissenschaftlich erwiesen, «dass die Haushalte in den höchsten Einkommensklassen entlastet werden, während vor allem die Mittelklasse zusätzlich belastet wird», schreibt Fuest. Einzelne Studien

kämen sogar zum Schluss, dass die niedrigsten Einkommensklassen die Verlierer einer solchen Reform wären.

Die politische Linke steht deshalb der «Flat Tax» skeptisch gegenüber. Er begrüsse zwar, dass Abzüge für die Säule 3a sowie für Einmaleinlagen abgeschafft werden sollen, sagt Serge Gaillard, geschäftsführender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds. Aber er betont: «Für die Gewerkschaften ist die Progression wichtig.» Hohe Einkommen müssten auch in Zukunft mit einem höheren Steuersatz belastet werden als tiefe.

Das werde indirekt durch die Pauschalabzüge erreicht, entgegnet Schneider: «Es wäre sozialpolitisch nicht vertretbar, wenn alle Einkommen faktisch proportional besteuert würden.»

Eveline Widmer-Schlumpf, Präsidentin der kantonalen Finanzdi-

rektoren, mahnt zu einem vorsichtigen Vorgehen: «In der Schweiz hängen die Ausgestaltung des Systems der sozialen Sicherung und das Steuersystem eng zusammen. Beginnt man an einem Ende zu schrauben – etwa mit einem vollständig neuen Steuersystem für die natürlichen Personen – muss unweigerlich das ganze System der Abgaben und Zulagen überprüft werden.» Die Kantone seien deshalb bei diesen Arbeiten von Anfang an mit einzubeziehen, fordert die Bündner Finanzdirektorin. Sonst drohe erneut ein Scheitern an der Urne.

Föderalismus als Hindernis

Die «Flat Tax» dürfte aber nicht nur bei den kantonalen Finanzdirektoren auf Vorbehalte stossen. Auch Fuest meldet Bedenken an. Ein einheitlicher Steuersatz eigne sich zwar für Länder mit einem hohen Anteil der Bundessteuer. Das

sei in den USA der Fall, von wo das Modell stamme. In der Schweiz werde aber der grosse Teil der Steuern von den Kantonen und den Gemeinden erhoben. Eine Vereinheitlichung sei deshalb schwierig.

Die «Flat Tax» würde in einigen Kantonen zu tieferen, in andern aber zu höheren Steuern führen. Dafür werde es nie ein Volks- und ein Ständemehr geben, pflichtet Gaillard bei.

Auch Bundesrat Merz ist nach der Abstimmungsniederlage vom Mai 2004 zur Einsicht gelangt, dass grundlegende Steuerreformen Zeit benötigen. Er will sich frühestens 2006 zur «Flat Tax» und zu andern Modellen äussern.

[i] QUELLEN:

– «Die Volkswirtschaft», Nr. 5, 2005.
– Michael Leysinger: «Eine „Flat Tax“ für die Schweiz», Solothurn 2004.
– Markus Schneider: «Weissbuch 2004», Jean Frey AG.

Streit um befohlene Solidarität

Widerstand aus allen Ecken gegen den **zusätzlichen Arbeitstag** in Frankreich

Offiziell ist der Pfingstmontag in diesem Jahr kein Feiertag mehr in Frankreich. Doch die von oben befohlene Solidarität mit den Senioren kommt beim Volk schlecht an.

RUDOLF BALMER, PARIS

Rund 15 000 zumeist hochbetagte und vereinsamt lebende Menschen starben in Frankreich bei der Hitzewelle von 2003. Die Regierung versprach, so etwas werde nie wieder vorkommen, und darum werde ein spezieller Hilfsfonds geschaffen, zu dessen Finanzierung alle solidarisch mit einem zusätzlichen Arbeitstag beitragen müssten. An diesem Pfingstmontag sollen nun die Franzosen erstmals arbeiten. Und der auf 2,1 Milliarden Euro veranschlagte Ertrag ist für eine neue «Solidaritätskasse für die Selbständigkeit der Betagten und Behinderten» (CNSA) bestimmt,

die als neuer Zweig des staatlichen Sozialversicherungssystems auch andere bereits existierende Kredite im Bereich der sozialmedizinischen Betreuung von Behinderten und Betagten erhält und total über 15 Milliarden Euro jährlich verfügbar wird.

Appell an den guten Willen

Auf allen Gehältern, Dividenden und Kapitalerträgen (ausser Pensions- und Sparguthaben) wird bereits seit Juli 2004 ein neuer Abzug von 0,3 Prozent erhoben. Diese Abgabe soll der zusätzliche Werktag in den Unternehmen ausgleichen. Für Premierminister Jean-Pierre Raffarin geht so die Rechnung – mit etwas gutem Willen – auf.

So einfach, wie sich dies die Regierung in Paris vorgestellt hat, ist es nicht, einen der bisher elf Feiertage zu streichen. Der Widerstand kommt aus allen Ecken. Die Gewerkschaften im öffentlichen und privaten Sektor haben kurzerhand

Streiks gegen diesen einseitig von oben angeordneten zusätzlichen Arbeitstag angekündigt. Da Raffarin es den Regionen, Departementen und auch den Arbeitgebern freistellt, einen anderen Tag als den Pfingstmontag zu opfern, weiss niemand mehr so recht, was nun wo gilt.

Ämter bleiben geschlossen

Viele Geschäfte, aber auch Schulen und Verwaltungen bleiben voraussichtlich geschlossen. Auch haben viele Unternehmen gesagt, bei ihnen bleibe der Pfingstmontag arbeitsfrei. Und bei der staatlichen Bahn SNCF wird der Solidaritätstag mit einer unbezahlten «Überzeit» von 1 Minute 42 Sekunden pro Tag kurzerhand umgangen. Die Idee einer gemeinsamen Mobilisierung für die Betagten endet wegen der Improvisation der Behörden und dem Eigensinn vieler Franzosen vorerst in einem völligen Durcheinander und mit einer sozialen Kraftprobe.

Milliardenauftrag

Northwest bestellt 18 Dreamliner von Boeing

Airbus-Konkurrent Boeing hat einen milliardenschweren Auftrag für sein neues Langstreckenflugzeug 787 Dreamliner von der amerikanischen Fluggesellschaft Northwest Airlines erhalten. Northwest bestellte 18 Boeing 787, deren Listenpreis sich auf 2,2 Milliarden Dollar beläuft, wie die Fluggesellschaft in der Nacht zum Freitag mitteilte. Zudem wurde eine Option über 50 weitere Dreamliner vereinbart. Mit der ersten Lieferung im August 2008 werde Northwest die erste nordamerikanische Fluggesellschaft sein, die die 787 betriebe. Die Anzahl der Bestellungen und Optionen für die 787 seit dem Programmstart im vergangenen Jahr beläuft sich nun den Angaben zufolge auf 255.

Boeing hatte in der Vergangenheit die Pläne zum Bau eines Konkurrenten zum Riesenairbus A-380 eingestellt. Der amerikanische Flugzeugbauer setzt stattdessen auf sein neues Langstreckenflugzeug 787 Dreamliner mit 223 bis



Der Boeing-Dreamliner. KEY

296 Sitzen. Die Amerikaner gehen davon aus, dass die Kunden in Zukunft viel mehr Direktverbindungen zwischen zwei Städten nachfragen. Dafür wäre die 787 ideal. Der europäische Flugzeughersteller Airbus setzt dagegen darauf, dass es künftig bei grossen Umsteigeflüghäfen bleibt und die Passagiere für die A-380, die in ihrer Standardversion 555 Fluggäste aufnehmen kann, in kleinen Zubringermaschinen zu den Drehkreuzen geflogen werden. (ap)